

dass sich das Konzept der Kollegin Müller-Rech „Wir beenden einfach die Pandemie“ so leicht nicht umsetzen lassen wird.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Daher muss es Vorstellungen geben, wie Gesundheitsschutz und gutes Lernen in Einklang zu bringen sind.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Wenn Sie nicht mitmachen, kann ich Ihnen auch nicht helfen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP – Glocke – Michael Hübner [SPD]: Was sollen denn Ihre Zwischenrufe? Mal ganz ehrlich! – Gegenruf von Franziska Müller-Rech [FDP]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Eigentlich möchte die Ministerin jetzt antworten.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Beer, ich habe leider nicht alles von dem verstanden, was Sie gesagt haben,

(Beifall von der CDU und der FDP)

aber eines konnte ich verstehen: Sie haben gefragt, wann ich verkünde. Ich kann Ihnen sagen: Wenn die Entscheidung gefallen ist, dann verkünde ich auch, und das rechtzeitig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 12 angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrages Drucksache 17/10630 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die antragstellenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Neppe. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/10630** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt** worden.

Ich rufe auf:

13 Sachstand „Windstrom“anbindung NRW und „Windstrom“verbindung durch NRW hindurch

Große Anfrage 24
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9125

Antwort

der Landesregierung
Drucksache 17/10189

Die Aussprache eröffnet für die AfD-Fraktion Herr Kollege Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 400 Reihenhäuser könnten auf der Fläche gebaut werden, wo demnächst in Osterath in Neuss ein Konverter stehen soll. Das alles geschieht, weil man medienwirksam die Kernkraftwerke im Süden abgeschaltet hat und nun Strom braucht. Deshalb braucht man auch eine Stromleitung.

Man könnte nun einfach Strom aus Braunkohlekraftwerken im Rheinischen Revier nehmen. Dazu bräuchte man nicht einmal einen Konverter.

Aber die von der Regierung geplante Stromleitung soll auch den Strom von Hunderten von Windindustrieanlagen von der Nordsee in den Süden transportieren. Doch es wird befürchtet, dass gegen diese Leitung genau die gleichen Leute demonstrieren werden, die schon wegen der Kernkraftwerke und der Kohlekraftwerke auf der Straße waren. Deshalb soll das Ganze mit Erde zugedeckt werden, das heißt, es soll ein Erdkabel verlegt werden, denn die Regierung möchte solche unschönen Bilder vermeiden.

Aber wozu braucht es dann einen Konverter in Osterath? Schließlich könne man immer noch den Strom von Emden aus bis nach Baden-Württemberg einfach durchleiten. Die Energiewendeträumer finden Windindustrieanlagen in und an der Nordsee zwar ganz klasse, aber der Wind weht nicht stetig, und man braucht auch dann Strom im Süden, wenn der Wind stillsteht. Deshalb soll der Braunkohlestrom jetzt zugeführt werden, damit die Versorgungssicherheit garantiert wird, wenn der Wind stillsteht.

Es ist halt dumm, dort Windindustrieanlagen hinzubauen, wo kein Stromabnehmer vorhanden ist und auch keine Leitung liegt. So gab es dort oben auch schon 2017 Engpässe. Windindustrieanlagen an der Nordsee wurden nicht mehr ans Netz angeschlossen oder aus dem Wind gedreht.

Für die Eigentümer war das übrigens kein Problem. Sie bekommen trotzdem Geld, zum Beispiel über die Offshore-Haftungsumlage. Da gibt es dann Geld für Strom, der nie produziert wurde. Daher sprechen viele Leute in diesem Fall auch von Fake-Strom. Bezahlt wird dieser Irrsinn natürlich von den Fleißigen in Deutschland, über ihre Abgaben beim Strom. Übrigens bekommt eine Kellnerin oder aber eine Frisörin oder ein Frisör kein Geld, wenn keine Leistung erbracht wurde.

Nun gut, jetzt ist der Strom halt da, und jetzt müssen wir ihn irgendwie integrieren.

Seit 2005 weiß man, dass man 7.700 km an Hochspannungsleitungen in Deutschland bräuchte. Gebaut sind nach 15 Jahren etwa 1.000 km. Auch die Stromanbindung zwischen Emden und Osterath ist noch im Planungsstand, haben wir erfahren müssen. So konnte die Landesregierung auf jede zweite Frage immer nur auf den offenen Planungsstand hinweisen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein bedauerliches Ergebnis und Bild der Landesregierung, wird doch auf der einen Seite gesagt, die Energiewende sei so wichtig. Das sagt man schon seit zehn Jahren, aber man hat immer noch keinen Schimmer, wo die Leitung gebaut werden soll.

Diese Ungewissheit der Landesregierung verunsichert dann auch die Bürger vor Ort. Ich war vor zwei Wochen bei einer Bürgerveranstaltung in Neuss. Dort hatte eine Bürgerin Angst und fragte: Wie laut wird der Konverter? Was passiert mit unseren Häusern in der Nachbarschaft und mit unseren Familien und Freunden, die daneben wohnen? Wie laut ist das Ganze? Wie groß wird das? – Mit den lückenhaften Antworten der Landesregierung konnte ich die Frau aber wenig beruhigen.

Die Trassen für die Stromleitung werden 100 m breit sein. Das bedeutet Bagger und Dreck für die Anwohner über Jahre. Auf einer Breite von am Ende 24 m dürfen keine Bäume wachsen, weil die Bäume die Kabel mit ihren Wurzeln zerstören könnten. Die Kabel sind so dick und schwer, dass auf eine Kabeltrommel am Ende nur 1.000 m passen. Diese muss mit einem 40-Tonner transportiert werden – so schwer ist das Ganze –, und alle 1.000 m müssen die Kabel mit einer Muffe verbunden werden. Das erhöht natürlich die Leitungsverluste, ebenso wie Schwankungen des Windstroms diese massiv erhöhen. Aber die Landesregierung konnte dazu keine Antworten geben.

Physiker haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass durch den stark schwankenden Windstrom die sogenannten Oberschwingungen deutlich steigen werden und als Folge Konverterbrände entstehen könnten. Auch das hat die Bürgerin verunsichert. Sie fragte: Was passiert bei einem solchen Brand? Ist das giftig? Gibt es dort eine Feuerwehr? – Aber auch hierzu gibt es keine Antworten von der Landesregierung. Wie wird die Bevölkerung geschützt?

Sie, Herr Minister Pinkwart, die Sie heute leider nicht da sind, haben all die Bürger aus Borken, Steinfurt, Ochtrup bis hin nach Neuss mit Ihren lückenhaften Antworten im Stich gelassen.

Eine gute Landesregierung würde jetzt übrigens sagen: Wir beenden das Ganze. Es war ziemlich blöd, die Windindustrie dorthin zu bauen, wo kein Stromabnehmer vorhanden ist, und dort Kraftwerke abzuschalten, wo die Stromabnehmer sind. – Dass sie

das hier einmal offen sagt, traue ich der Landesregierung aber leider nicht zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Dr. Peill.

Dr. Patricia Peill (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Loose, vor der Sommerpause hatten wir Ihre AfD-Anfrage zur Investition in innovative Speichertechnologien hier diskutiert. Vielleicht erinnern Sie sich. Damals war Ihr Tenor: Klimawandel – gibt es nicht, Energiewende – brauchen wir nicht, Strukturwandel – viel zu teuer, und Fortschritt brauchen wir in diesem Thema auch nicht.

Heute geht es in 37 detaillierten technischen Fragen um die Windstromanbindung NRW. Und auch hier ist Ihr Tenor: Windenergie spart gar kein CO₂, also beenden wir doch das Ganze. Die Technik ist ineffizient und nicht umweltverträglich und der Ausbau viel zu teuer.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Landesregierung hat Ihre Anfrage sowohl in technischer als auch planungsrechtlicher Hinsicht sehr detailliert beantwortet.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wichtig ist mir hier, dies heute Abend einmal politisch einzuordnen.

Gerade in den Debatten mit der AfD und speziell mit Ihnen zeigt sich, wie unterschiedlich unsere Auffassungen in Bezug auf die Verantwortung für die Zukunft und insbesondere die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder sind.

Sie denken – so höre ich das immer heraus –, wir haben diese Welt geerbt und können einfach so weitermachen wie bisher und das Ganze beenden, also eine Energiepolitik der 90er-Jahre betreiben. Wir hingegen denken, wir haben diese Welt nur von unseren Kindern geliehen und müssen diese daher achtsam behandeln.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von Christian Loose [AfD])

So kann ich zu Ihren Anfragen, die nur auf potenzielle Misserfolge der Energiewende hinweisen, lediglich sagen: We agree to disagree.

Uns Abgeordneten der NRW-Koalition im Landtag geht es darum, die energiepolitische Zukunft unseres Landes zu gestalten. Wir stehen hinter der Energiewende, die durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Atomkraft gesetzlich und mit einem

breiten gesellschaftlichen Konsens beschlossen wurde.

Für die Zukunft unserer heimischen Industrie ist vor diesem Hintergrund vor allem das berühmte energiepolitische Dreieck wichtig: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und damit Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Frau Kollegin, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Loose würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Patricia Peill (CDU): Ich würde gerne fertig ausführen. Wir können das am Ende machen.

Zum Erreichen dieser drei Ziele steht die Energiewende auf drei Säulen, auf dem Ausbau der erneuerbaren Energien, auf innovativer Speichertechnologie und auf dem Netzausbau.

Der ambitionierte Kohleausstiegspfad in NRW macht einerseits den Neubau von Erzeugungskapazitäten vor Ort und andererseits bessere Stromnetzanbindungen vor allem an den windreichen Norden für die Offshorekapazitäten notwendig. Das ist ja wohl für uns alle ziemlich klar.

Das Fundament zwischen den drei Säulen ist die Akzeptanz und ist die Transparenz von Planungsvorhaben für diesen Leitungsausbau. Deswegen hat Bundeswirtschaftsminister Altmaier diese Sache auch zur Chefsache erklärt.

Daneben wurde die energiewirtschaftliche Notwendigkeit dieser beiden HGÜ-Leitungen, die Sie ansprechen, bereits sechsmal überprüft und bestätigt.

Ich danke Ihnen für diese Große Anfrage und die damit verbundene Chance, dass die Landesregierung einige Bedenken der ansässigen Bevölkerung ausräumen konnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Netzausbau und das Energiesystem der Zukunft gehören zusammen und müssen auch zusammen gedacht werden. Die steigenden Anforderungen an die Energieinfrastruktur – auch durch einen wachsenden Anteil volatiler Energieerzeugung – machen einen Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur erforderlich. Deshalb bedarf es einer echten Synchronisation von Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien sowie insgesamt eines schnellen Ausbaus der erforderlichen Leitungen.

Wichtig ist aber: Alle Beteiligten müssen daran arbeiten, dass die Akzeptanzprobleme vor Ort überwunden werden; denn ohne Leitungsneubau kann uns der Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Einstieg in grünen Strom nicht gelingen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wissen, das ist schwierig. Aber wir gehen es an – mit Bürgerbeteiligung und Überzeugung. Sie dagegen stellen nur Große Anfragen und haben keine Lösungen. Sie arbeiten mit einer Art artikulierten AfD-Einstellung „Not in my backyard“. Damit lässt sich keine attraktive, aktive und klimafreundliche Zukunft gestalten. Darum geht es uns. Ich wiederhole noch mal: Wir alle haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. Wollen Sie die Frage jetzt zulassen?

Dr. Patricia Peill (CDU): Ja.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Ja? – Herr Kollege Loose, das Mikro ist freigeschaltet.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Danke, Frau Peill – Dr. Peill, glaube ich –, dass Sie diese Frage zulassen. Ich habe auch nur eine einzige Frage

(Zuruf von der CDU)

und will jetzt nicht Ihre Rede bewerten. Die einzige Frage, die ich habe und die für die Bürger in Osterath wichtig ist: Sind Sie für den Bau des Konverters am Standort Osterath im Kreis Neuss?

Dr. Patricia Peill (CDU): Ich denke, dass diese Frage hinreichend von der Landesregierung beantwortet wurde. Ich stelle mich da hinter die Landesregierung.

Mir ist eines wichtig: Wir können jetzt anfangen, Ihre 37 Fragen noch mal durchzudeklinieren und zu überlegen, wie viele Bäume für den geplanten Trassenbau gefällt werden müssen. Das können Sie mich auch fragen. Was haben Sie noch gefragt: Welche Wärme wird das im Erdreich verlegte Kabel entwickeln, und welche Auswirkungen hat diese Temperatur auf Bewirtschaftungsmöglichkeiten des Bodens? – Das war das Niveau Ihrer Fragen. Auf dieses Niveau lasse ich mich heute nicht ein, sondern gehe oben drüber und sage: Wir haben alle eine Verantwortung, diese Energiewende positiv zu gestalten. Dazu gehört der Netzausbau. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Peill. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schneider.

René Schneider (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende, das wissen wir alle, ist längst beschlossene Sache. Nach dem Ausstieg aus dem Ausstieg hat es wegen Fukushima auch der Letzte kapiert: Atomkraft ist nicht beherrschbar.

Wind- und Sonnenkraft statt Atomenergie: Das liegt jetzt an. Die AfD kritisiert das zwischen jeder Zeile ihrer Großen Anfrage, und sie schürt mit ihren Fragen die Vorbehalte gegen den nötigen Netzausbau. Sie fragt nach Bürgerbeteiligung und kritisiert in gleichem Atemzug lange Entscheidungswege.

Energiewende oder überhaupt Energietransport funktioniert eben nicht ohne einen Netzausbau. Windkraft ist an der Küste und im Norden stark; viele Großabnehmer brauchen ihn jedoch im Süden Deutschlands. Daher braucht es neue Stromleitungen wie A-Nord und Ultranet, aber eben auch Konverter. Mein lieber Kollege Karl Schultheis wies mich darauf hin, sie werden nicht nur gebraucht, um den Strom nach Süden zu transportieren, sondern auch, um eine Verbindung nach Benelux herzustellen.

Dem einen oder anderen scheint eines verborgen geblieben zu sein: Es interessiert die Leitungen nicht, ob der Strom aus Windenergie, Sonnenenergie oder Atomkraft stammt, sondern diese Leitungen leiten den Strom einfach so durch. So komplex, nein, so einfach ist das, auch wenn der Strom am Ende eben nicht einfach so aus der Steckdose kommt.

Wir, meine Damen und Herren, müssen einen Spagat hinbekommen. Wir müssen, wenn wir es mit der Energiewende ernst meinen, Anwohnerinnen und Anwohner an der Trassenplanung beteiligen und sie auch mit ihren Sorgen ernst nehmen.

Gleichzeitig muss aber auch klar sein: Es geht hier nicht mehr um das Ob, sondern es geht um das Wie. Erdkabel und die Nutzung längst bestehender Masten helfen sicherlich dabei, keine neuen Breschen in die Landschaft zu schlagen, die wir auch mit der Energiewende schützen wollen.

Wenn aber von Hitzeentwicklung in der Nähe von Konvertern die Rede ist, Muffenhäuser erfunden und Gesundheitsgefährdung durch magnetische Felder heraufbeschworen werden, meine Damen und Herren, dann wird schon wieder aus ideologischen Gründen Zement angerührt, um weitere Blockaden aufzubauen.

Das Stromnetz ist jedoch ein zentraler Schauplatz der Energiewende. Seit Jahren hinkt der tatsächliche Ausbau der Übertragungsnetze hinter den Planungen her. Alle politischen Kräfte müssen sich um eine deutliche Erhöhung der Akzeptanz vor Ort bemühen. Die Große Anfrage hat dazu nur insofern beigetragen, als durch die Antwort nochmals deutlich wurde, wie groß die Beteiligungsmöglichkeiten sind, wie stark auf die Umweltverträglichkeit geachtet wird und

wie wichtig der Ausbau tatsächlich für eine gelungene Energiewende sein wird.

Darauf, meine Damen und Herren, sollten wir bauen, um die Energiewende zu schaffen. Packen wir es also an. Dabei wünsche ich uns allen Glück auf und Gottes Segen! – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antwort der Landesregierung verdeutlicht, dass das Verfahren zur Errichtung der Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen solide, umfassend und präzise ist. Die Errichtung wird unter Einbeziehung aller relevanten Faktoren umfassend geprüft und bewertet. Zudem können zum jetzigen Zeitpunkt, wie ebenfalls in der Antwort dargestellt, noch keine belastbaren und detaillierten Aussagen getroffen werden, da sich beide Vorhaben noch im Planungsverfahren befinden.

Meine Damen und Herren, die AfD hätte sich somit den Großteil der Fragen auch selbst beantworten bzw. sparen können, da viele der Fragen, wie gesagt, noch nicht beantwortet werden können und nicht in der Verantwortung der Landesregierung liegen bzw. die Informationen transparent im Internet verfügbar sind.

Die Frage nach Muffenhäusern und die Antwort der Landesregierung, dass es diese in dieser Form nicht gäbe, da die Muffen unterirdisch angelegt werden, ist ein Beispiel dafür, dass sich die AfD nicht hinreichend mit der Thematik auseinandergesetzt hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Für den Erfolg der Energiewende ist der Netzausbau eine dringende Notwendigkeit. Mit der NRW-Energieversorgungsstrategie leisten wir dazu unseren Beitrag. Bereits bestehende Energieengpässe seitens der erneuerbaren Energien werden in Zukunft intensiviert. Heute haben wir noch eine hohe Versorgungsstabilität, doch die Stilllegung konventioneller Kraftwerke wird in Zukunft Deckungslücken schaffen.

Ohne eine hinreichende Versorgung ist die Energiewende nicht möglich. Ziele von 65 % Deckung bis zum Jahr 2030 und 80 % bis zum Jahr 2050 könnten nicht erreicht werden. Im Jahr 2018 betrug die Deckung 35,2 %, wobei Wind- und Photovoltaikanlagen nur unregelmäßig einen großen Beitrag dazu geleistet haben.

Meine Damen und Herren, Versorgungssicherheit und Qualität sind bedeutende Standortfaktoren. Wir

müssen diese erhalten, um NRW wirtschaftliche Stellung in Deutschland und damit in Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsstandorten zu bewahren.

In energieintensiven Branchen arbeiten 250.000 Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen. NRW generiert 20 % der deutschen Bruttowertschöpfung. Dies wird durch die derzeitige sehr gute Versorgungsqualität maßgeblich mitbeeinflusst.

Wird die Netzstabilität zu gering, steigen die Strompreise, und die Versorgung wird unzuverlässiger. In diesem Fall verliert Nordrhein-Westfalen seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Frequenz- und Spannungsschwankungen erneuerbarer Energien können zu erheblichen Produktionsausfällen führen und damit zu erheblichen technischen und wirtschaftlichen Schäden.

Diesen Gefahren kann und muss mit einem umfassenden Netzausbau entgegengewirkt werden.

Meine Damen und Herren, es bedarf eines breit aufgestellten Energiesystems. Der Ausbau lokaler Stromspeicherkonzepte ist wichtig, genügt dem Strombedarf in Nordrhein-Westfalen jedoch nicht. Stromtrassen ermöglichen den Ausbau intelligenter Netze, die je nach Kapazität auf verschiedene Quellen zugreifen und so eine stetige und verlässliche Versorgung garantieren.

Letztlich darf jedoch nicht nur regional gedacht werden, sondern muss national, nein, europäisch gedacht werden. Stromautobahnen werden schon bald in Europa nicht mehr wegzudenken sein. Deshalb ist es gut und richtig, diese Investitionen durchzuführen, und deshalb sollten wir diesen Weg auch weitergehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. Sie haben vielleicht bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, und zwar von Herrn Abgeordneten Loose.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin! – Herr Brockes, noch größer geht es eigentlich gar nicht mehr. Am besten machen wir weltweite Transportnetze. Sie schaffen es in 15 Jahren nicht, 7.700 km an Freileitungen hier in Deutschland zu bauen, sondern nur 1.000 km und wollen dann tatsächlich europaweit das ganze Projekt durchführen!

Ich möchte auf die Muffenhäuser eingehen. Das wird hier etwas anders benannt: Hier werden es Unterflurschächte sein, die begehbar sind. Das ist also ein unterirdisches Haus und wird in der Fachsprache von den Technikern als Muffenhaus bezeichnet. Hier wird es jedoch nur anders, und zwar als Unterflurschächte bezeichnet.

Sie versuchen, Fake News zu verbreiten, indem Sie sagen, dass es das nicht gebe. – Natürlich gibt es das, und gute Techniker würden bei jeder Teilstückverbindung ein Muffenhäuschen oder so einen Unterflurschacht setzen, damit man beim Kabelbruch die Stelle viel schneller finden kann.

Das macht das Unternehmen hier aber anscheinend nicht, weil es Amprion zu teuer ist. Sie sagen sich: Gut, wenn wir einen Kabelbruch haben, dann dauert es ein paar Tage länger, bis wir den Fehler gefunden haben. Sie verzichten darauf, einen Defekt bei jedem einzelnen Teilstück sofort finden zu können.

Hier will anscheinend Amprion aus Kostengründen sparen. Kann man machen, aber die Muffenhäuser heißen dort einfach nur Unterflurschächte. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Brockes, wenn Sie antworten möchten.

Dietmar Brockes* (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Loose, wenn Sie so klug sind und das alles wissen, warum schreiben Sie das dann nicht in Ihre Große Anfrage?

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Da scheint Ihnen ja Gott sei Dank die Landesregierung geholfen zu haben, dass Sie da noch einmal genau hinschauen, was Sie denn eigentlich mit Ihren Aussagen meinen.

Aber Sie kritisieren ja das gesamte System. Sie wollen diesen Netzausbau nicht. Dann müssen Sie auch ganz klar sagen, dass Sie diesen Industriestandort Nordrhein-Westfalen gefährden wollen,

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von Christian Loose [AfD])

dass Sie nicht wollen, dass Nordrhein-Westfalen Industriestandort bleibt.

Ich sage Ihnen ganz klar: Es ist ein harter und schwieriger Weg, den wir hier gehen. Aber wir gehen ihn verantwortungsvoll, weil wir die Verantwortung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und für den Industriestandort übernehmen. Das unterscheidet uns von Ihrer populistischen Oppositionspolitik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die AfD will mal wieder Stimmung machen, und zwar heute gegen den

Netzausbau, weil sie meint, das sei dasselbe wie die Energiewende.

Die AfD will einfach nur Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke und tut so, als würden dafür keine Stromtrassen benötigt, weil ja der Kohlestrom der AfD einfach per Gedanken übertragen wird. Das ist natürlich alles Humbug wie sonst auch alles von der AfD. Auf den anderen Humbug sind meine Vorrednerinnen und Vorredner schon eingegangen, deswegen brauche ich gar nicht weiter darüber zu reden.

Ich möchte der Landesregierung dafür danken, ernsthaft auch polemische Fragen beantwortet zu haben. Herzlichen Dank dafür, und einen schönen Abend.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Stamp in Vertretung für Herrn Minister Professor Dr. Pinkwart.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung stellt sich den Herausforderungen, die eine schrittweise Transformation des Energiesystems hin zu einer innovativen Stromversorgung in der Zukunft mit sich bringt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass das Industrieland Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft sicher mit Strom versorgt wird. Der Umbau des Übertragungsnetzes Strom ist dabei ein wichtiger Eckpfeiler.

Auf Basis des anspruchsvollen Prozesses der Planungen für den Stromnetzausbau wird der zukünftige Bedarf an Höchstspannungsleitungen von zahlreichen Spezialisten unter Federführung der Bundesnetzagentur fortlaufend ermittelt.

Auf dieser Basis wiederum prüft und entscheidet der Bundesgesetzgeber, welche Höchstspannungsleitungen in das Bundesbedarfsplangesetz aufgenommen werden. Für diese Leitungen stellt der Bundesgesetzgeber die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und den vordringlichen Bedarf gesetzlich fest.

Derzeit enthält das Bundesbedarfsplangesetz eine Liste mit bundesweit 43 Höchstspannungsleitungen. Eine davon ist der sogenannte Korridor A-Nord, der im Fokus der Großen Anfrage 24 steht. Der A-Nord ist nach dem Bundesbedarfsplangesetz als sogenannte Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung, kurz HGÜ, konzipiert und ist vorrangig als Erdkabel auszuführen. Er wird etwa 300 km lang und etwa hälftig durch Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen verlaufen. Vorhabenträger des A-Nord ist die Amprion GmbH, einer der vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland.

Zuständige Genehmigungsbehörde für den A-Nord ist die Bundesnetzagentur. Das Genehmigungsverfahren für den A-Nord richtet sich formal nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz, kurz NABEG genannt.

Die Bundesnetzagentur führt beim A-Nord seit März 2018 ein sogenanntes Bundesfachplanungsverfahren durch. Dieses formale Verfahren ist derzeit noch bei der Bundesnetzagentur anhängig.

Am Ende dieses Verfahrens wird die Bundesnetzagentur festlegen, in welchem Trassenkorridor die Leitung verlaufen muss. Ein solcher Korridor hat noch eine Breite von 500 bis 1.000 m.

Nach Abschluss der Bundesfachplanung folgt das Planfeststellungsverfahren, für das ebenfalls die Bundesnetzagentur zuständig ist. Erst am Ende des Planfeststellungsverfahrens wird die Bundesnetzagentur festlegen, wo die dann etwa nur noch 24 m breite Trasse innerhalb des Trassenkorridors genau verlaufen muss und wie die Leitung technisch detailliert auszuführen ist.

Aufgrund des jeweiligen Verfahrensstands und dem Respekt vor den förmlichen Verfahren sowie der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für den A-Nord können die Einzelfragen der Großen Anfrage 24 derzeit nur unter Vorbehalt in allgemeiner Form oder unter Verweis auf den Verfahrensstand beantwortet werden. Darauf haben wir in der Vorbemerkung der Landesregierung zur Großen Anfrage 24 hingewiesen.

Der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger und auch der Verbände und zuständigen Behörden frühzeitig und umfassend in den Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Das ist beim A-Nord sichergestellt.

Nach dem NABEG haben die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verbände und zuständigen Behörden sowohl im Bundesfachplanungsverfahren als auch im folgenden Planfeststellungsverfahren in gestaffelter Form mehrfach die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben. Die zuständige Bundesnetzagentur hat diese bei ihren Abwägungen zu berücksichtigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Aussprache zur Großen Anfrage 24 und zur Antwort der Landesregierung und stelle fest, dass damit die Beratung über die Große Anfrage 24 der Fraktion der AfD abgeschlossen ist.

Ich rufe auf: